

Sattler-Zeitung

Nr. 10.

Berlin, den 18. Mai 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6519)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Sattler, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamt für 1900. — Streiks und Bohndemagungen. — Bericht des Vorstandes für das Jahr 1900. — Aus dem Auslande — Eingekandt. — Breviertheil. — Vermischtes. — Anzeigen.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

Ausgebrochene Streiks.

München. Geschirr- und Wagenfattler.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamt für 1900

ist erschienen und dem Reichstage zugegangen. In diesem Bericht werden zuerst die Hauptziffern der Rechnungsergebnisse über die Unfall- und Invaliditätsversicherung mitgeteilt. In 65 Berufsgenossenschaften für Gewerbe waren 465 554 Betriebe mit 6 658 571 Arbeitern versichert. Da nach der Gewerbebezahlung in Industrie, Handel und Verkehr rund 1 430 000 Gehilfenbetriebe vorhanden sind, so ergibt sich, daß die Arbeiter von annähernd einer Million Betrieben nicht gegen Unfall versichert sind. 11 189 071 in der Landwirtschaft beschäftigte Personen sind in 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und 756 482 in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben beschäftigte Arbeiter sind bei den Ausführendenbehörden versichert. Viele Arbeiter sind doppelt versichert, weil sie einen Theil des Jahres in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die Zahl der doppelt gezahlten wird auf $1\frac{1}{2}$ Millionen geschätzt. Daraus ergibt sich, daß in Wirklichkeit nur rund 17 Millionen Arbeiter versichert sind. Es gelangten 454 431 Unfälle, also 12 118 mehr als im Vorjahre zur Anzeige. In 347 043 Fällen trat aber Heilung in den ersten 13 Wochen ein, so daß die Unfallversicherung nur durch 107 388 Fälle belastet wurde.

Die im Jahre 1900 an Verletzte oder deren Hinterbliebenen verausgabten Gelder betrugen 86 635 632 Mk. gegen 78 680 632 Mk. im Jahre 1899. Diese Ausgabe-summe hat sich in den letzten Jahren ziemlich regelmäßig um 8 Mill. Mark erhöht. Entschädigungen wurden im Jahre 1900 gezahlt an 534 146 Verletzte, 49 364 Wittwen, 82 855 Kinder Getödteter, 2961 Aszendenten Getödteter.

Im Jahre 1899 ist in 10 895 Fällen das Heilverfahren während der Wartezeit von 13 Wochen von den Berufsgenossenschaften übernommen worden, in 9849 Fällen hat das Heilverfahren ein günstiges Ergebnis gehabt. Die Kosten beliefen sich hierfür auf 626 486 Mk., wovon 115 293 Mark durch die Krankenkassen erstattet wurden.

Nach Feststellung vom 30. September 1900 waren bei 53 gewerblichen und 3 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften insgesamt 233 Stellen für Beauftragte zur Ueber-

wachung von Unfallverhütung und anderweitiger Kontrolle vorhanden. Keine solche Beauftragte hatten also 12 gewerbliche und 45 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften. Die Zahl der Stellen für Beauftragte ist aber nicht gleich mit der Zahl der Beauftragten, indem vier Beauftragte bei zwei, vier bei drei und einer bei vier Berufsgenossenschaften gleichzeitig angestellt waren. Für die 233 Stellen waren also nur 218 Beauftragte angestellt. Jeder Beauftragte hatte demnach durchschnittlich mehr als 2000 Betriebe zu kontrollieren.

Die Unfallverhütungsvorschriften der See-Berufsgenossenschaft sollen ergänzt werden, besonders die Vorschriften über die Beschaffenheit und Behandlung der Kompassse, die Gesundheitspflege auf Schiffen, ärztliche Untersuchung der Mannschaften vor der Anmusterung, Prüfung der Nebelsignalarparate, und über die Feuersicherheit und Feuerlöschung.

Das Reichsversicherungsamt hat 1592 Beschwerden aus dem Vorjahre unerledigt übernommen, hinzugetreten sind 6944; es wurden 7636 erledigt und 900 blieben rückständig. Für die Rechtsprechung waren zunächst 1319 Schiedsgerichte vorhanden, vor welchen im Berichtsjahre 45 655 Berufungen anhängig wurden. Auf 100 berufungsfähige Bescheide der Berufsgenossenschaften kamen 21, in welchen das Rechtsmittel der Berufung eingelegt wurde. Die Zahl der Sitzungen betrug bei den Schiedsgerichten 5485. Unter den Streitfragen betrafen 69,50 pCt. den Grad der Erwerbsunfähigkeit, 16,45 pCt. die Frage, ob ein Unfall beim Betrieb vorlag, 5,89 pCt. die Frage, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Verletzung vorlag. Von den erledigten Berufungen erfuhren nur 26,4 pCt. völlige oder theilweise Abänderung. Rekurse bei dem Reichsversicherungsamt wurden in 11 048 Fällen eingelegt, das sind auf 100 rekursfähige Schiedsgerichts-urtheile 26 68. Es haben 794 Sitzungen mit 12 280 mündlichen Verhandlungen zur Entscheidung über die Rekurse im Reichsversicherungsamt stattgefunden. In 60,6 pCt. war bei den Verhandlungen Niemand erschienen, bei 17 pCt. erschien der Verletzte persönlich, bei 17,6 Prozent ein Vertreter der Berufsgenossenschaft. Nur in 202 Fällen erschien ein Rechtsanwalt als Bevollmächtigter. Es wurden 3088 Schiedsgerichtsurtheile abgeändert; das sind 30 pCt. der eingelegten Rekurse in der Rekursinstanz. In demselben Jahre eingelegt und erledigt wurden 63 7 pCt. der Rekurse; mehr als ein Drittel der eingelegten Rekurse wurden in dem ersten Jahre nach der Einlegung erledigt.

Ueber die Invaliditätsversicherung wird mitgeteilt, daß bis zum Schlusse des Jahres 1900 insgesamt 985 540 Rentenanprüche bewilligt wurden, und zwar 603 741 Invaliden-, 6677 Kranken- und 375 122 Altersrenten. Von diesen sind durch Tod oder aus anderen Gründen 598 927, darunter 405 337 Invaliden-, 5118 Kranken- und 188 472 Altersrenten in Wegfall gekommen, so daß am Schlusse des Jahres 198 404 Invaliden-, 1559 Kranken- und 186 650

Alterrenten, also 386 613 Renten liefen. Im Laufe des Jahres wurden 85 900 000 Mk., einschließlich des Reichszuschusses, an die Versicherten ausbezahlt, und zwar 52,4 Millionen für Altersrenten und 6,5 Mill. für Beitrags-erstattungen.

Beiträge wurden an 584 673 weibliche Versicherte bei der Verheirathung, an 234 Unfallrentner und in 131 923 Fällen an die Hinterbliebenen Verstorbener erstattet.

Die Einnahme aus Beiträgen belief sich auf 129 Mill. Mark. Sie ist gegen das Vorjahr um 10 1/2 Mill. gestiegen. Der Vermögensbestand der 31 Versicherungsanstalten, welcher am Schlusse des Jahres 1899 701 582 529 Mk. betrug, wird auf rund 780 Millionen angewachsen sein. Hierzu kommt noch das Vermögen der neun zugelassenen Kassen-einrichtungen, deren Vermögen noch mit rund 70 Millionen in Anrechnung zu bringen ist, so daß ein Vermögensbestand von rund 850 Millionen vorhanden ist. Da nunmehr ein Jahrzehnt seit Inkrafttreten des Invaliditätsgesetzes verfloßen ist, hat man einen Ueberblick über die Geldansammlung. Nach den Berechnungen, welche der Vorlage beigegeben waren, sollten in den ersten 80 Jahren 2000 Millionen Mark angesammelt werden. Man kann heute schon mit einiger Sicherheit behaupten, daß diese Summe in den ersten 25 Jahren zusammen sein wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin VI. (Die Lohnbewegung der Berliner Wagenfahler) Wie alle anderen Branchen in Berlin, so haben auch die Wagenfahler, welche in der Zittale VI ihre Interessen wahrnehmen, in diesem Frühjahr den Versuch unternommen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Inwiefern dies gelungen ist, soll weiter unten dargelegt werden. Im August vorigen Jahres, als die Wagenfahler noch in der Zittale I organisiert waren, wurde ein Antrag angenommen, den Gesellenauschuß zu beauftragen, bei der Innung die Einführung des 9 stündigen Arbeitstages und eine 20-25 procentige Lohnerhöhung zu beantragen. Für die wenigen von uns, die damals bereits der Zittale I angehörten, war nun aber auch die Nothwendigkeit vor Augen getreten, die Gründung einer Wagenfahler-Organisation, d. h. einer selbstständigen Zittale des Verbandes, energisch in die Hand zu nehmen. Einige Wochen reger Agitation und am 29. September war die Verwaltungsstelle VI in Funktion. Als der Gesellenauschuß den Antrag gestellt und begründet hatte, machte sich auch auf Seiten der Arbeitgeber reges Leben bemerkbar. Die Innung theilte sich in genau die Branchen ein, in welchen die Gehilfen organisiert waren; jede Branche erhielt ihren Obmann und bei Sitzungen oder Verhandlungen mußte ein Vertreter d. s. Innungsvorstandes zugegen sein. Jetzt wurden Versammlungen abgehalten und was früher Brodneid und schätzbare Konkurrenz ungläublich erstritten ließ, hier war's möglich geworden, die Arbeitgeber hatten sich organisiert. Organisiert um der „Begehrlichkeit“ ihrer Gesellen entgegenzutreten. Man sieht also, daß auch ein Innungsmeister gern lernt, und wie in so vielen Fällen, so auch hier, lernt vom Gehilfen, den er sonst immer als den Sündenbock hinstellt, welcher Schuld ist, daß das edle Handwerk, die Sattlerei, zu Grunde geht. Die Zittalen der einzelnen Branchen stellten nun ihre Forderungen und man konnte hier bemerken, wie hier alles nach einem bestimmten System, von Seiten der Innung geleitet wurde. Die Devise der Innung war, „Zeit gewonnen alles gewonnen.“ Freilich ist ihr das nicht immer gelungen und einzelne Branchen haben, weil sie gut organisiert waren, den Herren gezeigt, daß es auch ein abgekürztes Verfahren giebt, was wirksamer ist, nämlich ein einmüthiger Streik. In der Zittale VI kam es bei den gefährlichen Verhandlungen darauf an, so viel wie möglich herauszuschlagen suchen, aber einen Streik zu vermeiden. Gestellt wurden folgende Forderungen: 1. 9 stündige Arbeitszeit. 2. 45 Pf. Minimallohn. 3. Für alle Kollegen, welche bereits 24 Mk. und darüber die Woche verdienen den gleichen Lohn bei 9 Stunden und einen Zuschlag von 5 pCt. 4. Für Ueberstunden 10 Pf. mehr. 5. Freigabe des 1. Mai. Bewilligt ist nach langen Wochen sich hingiehenden Verhandlungen folgendes: 1. 9 1/2 stündige Arbeitszeit. 2. 65 Pf. Minimallohn für Ausgelernte im ersten Jahr nach der Lehre. 3. Für alle anderen 10 pCt. Zuschlag. 4. Für Ueberstunden 5 Pf. mehr. 5. Freigabe des 1. Mai. Es ist ein verheißungsvoller Fortschritt, der hier gemacht ist und es fragt sich nun welches sind die Gründe, welche uns veranlassen mit so wenigen Forderungen zu sein. In erster Linie kam für uns die in diesem Frühjahr so schlechte Konjunktur in der Wagenbranche in Betracht, die gerade in den Werkstätten herrscht, wo die Forde-

runge gestellt wurden und durchgedrückt werden sollten. Zweitens kam für uns sehr wesentlich in Betracht, daß die Kollegen, denen hauptsächlich geholfen werden sollte, sich uns sehr schwer angeschlossen. Wir mußten gefast sein, daß wir, nachdem wir bei den Verhandlungen uns unserer Einigkeit gerühmt hatten, bei einem eventuellen Streik eine arge Blamage erleben hätten. Handelte es sich doch gerade hier um jene kleinen Werkstätten, welche an der Peripherie von Berlin sitzen und einen, ja auch wohl mal zwei und drei Gehilfen beschäftigen. Bei einem Streik wäre es äußerst schwer, wenn nicht ganz unmöglich gewesen eine genügende Ueberwachung der Werkstätten, ohne die ein Streik eine verlorene Sache ist, durchzuführen. In 15 oder 16 der anständigen größeren Firmen besteht der 9-Stundentag schon längere Zeit oder ist doch jetzt, nachdem sich die Wagenfahler regten, bewilligt worden. Es muß aber auch gesagt werden, daß einzelne kleine Werkstätten, in denen 1 oder 2 Gehilfen arbeiten, gleich nachdem die Bewegung im Gange war, die erst gestellten Forderungen anstandslos bewilligt haben. Nur einer von diesen, welcher bereits die weitergehenden Forderungen bewilligt hatte, hat es nun rückgängig gemacht und läßt 9 1/2 Stunde arbeiten. Von diesem hätten wir es wegen seiner früheren gewerk-schaftlichen Thätigkeit nicht erwartet, und bedauern es wegen des schlechten Beispiels, das er dadurch giebt. Seine Gehilfen sind zahm, sie lassen es sich gefallen, denn organisiert sein, ist ihnen mit wenigen Ausnahmen fremd. Soweit wie organisierte Kollegen in Betracht kommen, scheint ja wohl das Abkommen so gehalten zu werden und sollen die nächsten Versammlungen zeigen, ob die Arbeitgeber Männer sind, die auch ein Ehrenwort halten. Für die Kollegen aber soll dieser so kleine Erfolg ein Ansporn sein, die Organisation auszubauen, auf das wir später nicht Rücksicht zu nehmen haben auf die eigene Schwäche, sondern im nächsten Jahre mit voller Zuversicht auf ein ganzes Gelingen in den Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen eintreten können.

Eberfeld Barmen. Die ausständigen Arbeiter der Firma Mühlensfeld u. Dahl hatten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, das denn auch am 8. Mai zusammentrat und folgenden Vergleich zu Stande brachte:

1. Von heute ab bis zum 30. Juni d. J. werden die am 9. April d. J. vereinbarten Löhne für das neue Gepäck (grüne Arbeit) nach beilegendem redigirten Tarif bezahlt, während für die Ausrüstung „M 95“ der Berliner Tarif zu Grunde gelegt wird.

2. Vom 1. Juli d. J. ab bis zum 31. Dezember treten sowohl für Ausrüstung „M 95“ wie für das neue Gepäck beide Tarife, wie sie in Berlin vereinbart worden sind, in Kraft, unter der Bedingung, daß die vier größeren süddeutschen Fabrikanten sich den beiden Berliner Tarifen bis zum 31. Mai anschließen.

Sollten die genannten Fabrikanten sich bis dahin nicht bereit erklären, dieselben Löhne zu bewilligen, so bleibt eine weitere Vereinbarung zwischen den Parteien vorbehalten.

3. Die Hilfsarbeiter (Zuschneider, Buchbinder u. s. w.), welche in der Militärsekten-Abtheilung thätig und ebenfalls ausständig sind, werden, soweit Arbeit vorhanden ist oder wieder einlaufen wird, wieder eingestellt werden. Für dieselben soll ein: d. u. Verhältnissen angemessene Lohnerhöhung stattfinden, welche für jede Fabrik besonders zu regeln bleibt.

4. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.
Barmen, den 8. Mai 1901.

Die Arbeitgeber:

gez. Alexander Dahl, gez. Mühlensfeld u. Co.

Die Vertreter der Arbeiter:

gez. Wilh. Berwets, gez. Herm. Lambrecht, gez. F. Segerer,
gez. Gust. Reuser, gez. Carl Bedet.

Das Einigungsamt:

gez. Bergmann, gez. Dr. Cw. Herzog, gez. Ad. Böcker,
gez. C. Stürmer, gez. H. Frenzel.

Bei der Firma Dahl hat sich die Aufnahme der Arbeit nicht glatt vollzogen, indem wegen Nichtwiederereinstellung des größten Theiles der Hilfsarbeiter die Aufnahme der Arbeit am Montag verweigert wurde und erst am Mittwoch erfolgte. Von den Hilfsarbeitern, deren Plätze bereits besetzt waren, bleiben noch eine kleine Anzahl als gemahregelt zu unterstützen.

Dieser Bericht ist an der Hand eines Berichtes der Eberfelder „Freien Presse“ zusammengestellt, da ein Bericht der Streikleitung für die Zeitung nicht einging. Wir möchten diese daher ersuchen, uns zur nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht über die Deendigung des Streiks zuzusenden.

München. Nach dem Bericht vom 4. Mai, der zuletzt ein- lief, sind in den drei Werkstätten, in denen gestreikt wurde, die Streitigkeiten durch Verhandlungen erledigt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Dafür sollten am Montag, den 6. Mai, in einer weiteren Werkstätte 9 Kollegen und 2 Kolleginnen in den Ausstand treten.

Wien. In der Tischnerwerkstätte Johann Fröhlich, Wien XIV, ist der Streik ausgebrochen. Beteiligt sind 80 Tischner und Koffermacher, 4 Tischler, 4 Steppertinnen.

Bericht des Vorstandes für das Jahr 1900.

Das Jahr 1900 war für unseren Verband ein sehr bewegtes; in keinem der vorhergehenden Jahre haben wir soviel neue Mitglieder gewonnen und so viele Kohnkämpfe durchzuführen gehabt, wie in diesem letzten Jahre des Jahrhunderts. Mit 2833 Mitgliedern begannen wir das Jahr und mit 4410 beendeten wir es. Leider stehen aber den 3042 Austrittenden 1465 meistens wegen nicht bezahlter Beiträge: Ausgeschlossene gegenüber, sonst müßte der Mitgliederbestand nicht 4410 sondern 5875 betragen. Auf zwei Eingetretene kommt daher ein Ausgeschlossener, jedenfalls ein ungesunder Zustand, wenn auch zugegeben werden kann, daß dieses Durchlaufen durch den Verband nicht mehr so schlimm ist, wie in früheren Jahren. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder betrug am Jahreschlusse 48, die höchste Zahl die bisher erreicht wurde.

Nach der Berufszählung vom Jahre 1895 giebt es 28166 Sattler in Deutschland, infolgedessen waren 15,65% unserer Kollegen organisiert.

Im Bestand der Verwaltungsstellen ist eine Aenderung nicht eingetreten, am Anfang und am Ende des Jahres betrug die Anzahl derselben 71. Fünf neue Verwaltungsstellen wurden im Laufe des Jahres errichtet und dieselbe Anzahl bestehender ging ein. Es entstanden: Berlin VI (Wagenbauer), Bonn, Danzig, Frankfurt a. D. und Hamburg II (Treibriemensattler); es gingen ein: Paderborn, Arefeld, Remscheid, Zeitz und Bittau.

Die Einnahmen des Verbandes waren folgende:

Eintrittsgelder	1521,60 M.
Mitgliedsbeiträge	30657,95 "
Sonstige Einnahmen der Verwaltungsstellen	517,16 "
Zinsen	318,25 "
Zurückverhaltene Agitationsgelder	240, — "
Reiseunterstützung	8,40 "
Gerihtskosten	23,91 "
Von anderen Gewerkschaften und auf Sammelisten	10727,17 "
Sammlung der Berliner Gewerkschaftskommission	5900, — "
Darlehen	1200, — "
Summa der Einnahmen	51009,44 M.

Die Ausgaben betragen:

Reise-Unterstützung	2288,29 M.
Sterbe-	995, — "
Unzugs-	88,50 "
Gewahrgelien-Unterstützung	844, — "
Besondere	80, — "
Eigene Streife	82985,64 "
Fremde	150, — "
Strafen und Gerichtskosten für Streifvergehen	604,58 "
Zeitungen	3685,56 "
Agitation	2518,79 "
Gehalt und Entschädigung des Hauptvorstandes	1448,50 "
Druckkosten, Porto, Utensilien zc.	1088,84 "
Vertikale Verwaltungen	9238,89 "
Kosten der Generalversammlung	1645,20 "
Protokoll der	274, — "
Generalkommission	196, — "
Summa	56856,24 M.

Die Ausgaben sind also 5846,80 Mark höher als die Einnahmen, so daß das Vermögen des Verbandes um diese Summe zurückgegangen ist. Statt wie am Anfang des Jahres

Bestand der Hauptkasse	15655,96 M.
an den Ortsverwaltungen	1688,44 "
Summa	17344,40 M.

waren am Schlusse des Jahres nur

Bestand der Hauptkasse	8868,48 M.
an den Ortsverwaltungen	2629,12 "
Summa	11497,60 M.

ab Darlehen der Gewerkschaftskommission

Summa	10297,60 M.
--------------	--------------------

Während am Schlusse des Jahres 1899 auf den Kopf des Mitgliedes ein Vermögensbestand von 6,12 Mark kam, beträgt derselbe heute nur 2,98 Mark, wir rangiren daher im Gegensatz zum vorigen Jahre, wo wir in Bezug auf unseren Vermögensbestand zum besseren Drittel gehörten, mit an letzter Stelle.

Die Streifausgaben vertheilen sich auf folgende Orte:

Berlin IV (Militärattler)	26082,98 M.
Heterfen	8819,60 "
Magdeburg	730,94 "
Berlin I (Privatattler)	626,12 "
Hamburg	500, — "
Berlin II (Treibriemensattler)	281,73 "
Stuttgart	147,89 "
Offenbach	98,70 "
Karlruhe	44,50 "
Eisleben	33,83 "
Summa	32365,64 M.

Au der Ausgabe Strafe und Gerichtskosten ist zu bemerken, daß in Befolge des Berliner Militärattlervereins noch eine Anzahl Gerichtskosten und Strafen entstanden sind, die aber erst im Jahre 1901 bezahlt wurden.

Aus nachstehender Tabelle sind die Mitglieder der einzelnen Verwaltungsstellen und die Summen zu ersehen, die an die Hauptkasse abgetiefert oder für auf Kosten der Verbandkasse zu leistende Unterstützungen ausgegeben wurden.

Wenn man die Sendungen an die Hauptkasse und die gezahlten Unterstützungen zusammenzieht und durch die Durchschnittszahl der Mitglieder theilt, erhält man den Betrag, den die Verwaltungsstelle pro Kopf ihrer Mitglieder abgetiefert hat:

	Höchstes Mitgliederbest.	Niedrigster Mitgliederbest.	Durchschnittl. Mitgliederbest.	Reise- und Sterbe-Unterstützungen-Umsätze pro Kopf	An die Hauptkasse	Pro Kopf der Mitglieder
Altenburg ¹⁾	9	4	7	6,00	50,06	8,—
Barmen	20	18	18	—	100,—	5,55
Bayreuth	3	2	3	22,40	—	7,46
Berlin I	323	186	257	254,94	1117,—	5,33
" II	119	74	97	20,—	479,10	5,14
" III	396	275	336	35,—	2054,68	6,07
" IV	638	180	415	20,—	1901,80	4,62
" V	88	69	76	—	111,20	1,46
" VI ²⁾	51	51	51	—	50,—	—,98
Bielefeld	46	34	39	45,05	160,60	5,55
Bonn ³⁾	17	?	17	—	28,60	1,68
Brandenburg	47	42	43	116,75	230,—	8,06
Braunschweig	17	9	18	46,25	95,—	10,86
Bremen	17	13	15	—	100,—	6,66
Bremerhafen	33	24	29	49,—	210,—	8,93
Breslau	67	36	54	18,50	184,50	3,75
Bromberg	9	8	8	3,75	33,45	4,85
Charlottenburg	40	28	31	—	105,—	3,38
Chemnitz	47	37	41	51,95	379,—	10,49
Danzig ⁴⁾	38	25	31	—	50,—	1,61
Darmstadt ⁵⁾	10	1	5	—	84,92	16,98
Deffau	18	8	12	18,45	55,—	6,12
Dortmund	35	15	26	92,—	130,—	8,53
Dresden	274	249	259	99,85	905,26	3,88
Eisleben	44	38	41	17,70	300,63	7,76
Erfeld	87	80	83	43,45	502,—	6,57
Erlangen ⁶⁾	7	7	7	—	29,36	4,19
Hildesburg	22	15	19	30,75	60,90	4,82
Korb ⁷⁾	6	6	6	—	32,20	5,36
Karlsruhe a. D. ⁸⁾	71	55	59	154,20	225,—	6,42
" a. D. ⁹⁾	10	9	9	—	20,—	2,22
Körlitz	45	25	30	58,50	—	1,95
Kalle	30	8	20	27,50	85,—	5,06
Hamburg I	125	99	113	188,60	488,80	6,—
" II ⁹⁾	35	23	29	—	180,—	6,20
Hannover	88	67	76	113,15	332,70	5,86
Hartburg	13	3	8	—	47,31	5,91
Jena	9	9	9	10,—	41,97	5,77
Rebber	22	12	15	24,80	93,30	7,20
Kaiserslautern	39	8	20	7,95	120,—	6,39
Karlruhe	24	14	19	41,—	54,45	5,02
Kassel	78	40	58	67,35	365,—	7,11
Kiel	25	14	18	50,—	70,—	6,66
Kolberg	8	2	5	2,50	20,—	4,50
Köln	40	19	30	92,13	—	3,07
Königsberg	34	20	27	3,—	116,—	4,40
Krefeld ¹⁰⁾	11	11	11	1,20	22,10	2,11
Leipzig I	116	108	108	204,70	431,92	5,90
" II	29	17	25	—	250,10	10,—
Magdeburg	122	95	105	71,12	507,78	5,51
Mainz	8	4	6	67,75	—	11,29
Ramstein	60	41	51	56,20	283,44	6,66
Rehlfäusen	9	7	8	1,50	38,90	5,05
Rehlfheim	26	21	24	—	165,—	6,87
München	185	77	151	117,30	830,70	6,21
Münster	80	59	70	152,95	435,50	8,40
Nürnberg	26	23	24	—	166,66	6,52
Offenbach	380	301	329	285,—	1399,80	5,12
Oldenburg	9	2	6	14,—	75,—	14,83
Polen	17	3	12	15,50	26,80	3,52
Potsdam	33	23	29	—	200,—	6,90
Reutlingen	11	7	9	4,—	65,—	7,66
Stettin	23	12	16	13,60	40,—	3,35
Strasbourg	62	42	50	37,75	200,—	4,75
Striegau	20	5	9	—,80	65,—	7,31
Stuttgart	114	92	107	78,30	600,09	6,34
Heterfen	43	37	41	59,40	176,—	5,74
Him	20	10	17	32,25	66,—	5,77
Worms	3	1	2	20,—	—	10,—
Zeitz ¹¹⁾	85	?	85	—	40,96	1,17
Zwickau ¹²⁾	13	12	12	—	71,69	6,97

¹⁾ Restbestand. ²⁾ Ein Quartal. ³⁾ und ⁴⁾ Zwei Quartale.
⁵⁾ und ⁶⁾ Restbestand. ⁷⁾, ⁸⁾ und ⁹⁾ Drei Quartale. ¹⁰⁾ Ein Quartal.
¹¹⁾ und ¹²⁾ Restbestand.

Nach dem Statut sind mindestens $\frac{2}{3}$ der Ortsbeiräte an die Hauptkasse abzuliefern, das macht nur aus den Beiträgen, abgesehen vom Eintrittsgeld, 6,93 Mk. pro Kopf. Nun ist ja ein Unterschied zwischen den hier angegebenen Ortsmitgliedern und den zahlenden Mitgliedern und die Kopfsumme wird in Wirklichkeit etwas höher sein, als oben angegeben, trotzdem steht fest, daß ein Anzahl Verwaltungsstellen das zustehende Drittel der Einnahmen überschritten haben.

Für die einzelnen Ausgabenposten wurde prozentual angegeben.

Streits im eigenen Berufe	56,9 pCt.
Ortsliche Ausgaben	16,3 "
Zeitung	6,5 "
Agitation	4,4 "
Reise-Unterstützung	4,0 "
Generalversammlung	3,4 "
Gehalt	2,5 "
Sachliche Kosten	2,0 "
Sterbe-Unterstützung	1,8 "
Strafen und Gerichtskosten	1,1 "
Fremde Streits	0,2 "
Gemahregelten-Unterstützung	0,6 "
Generalkommission	0,8 "

Zählt man aber, wodurch man ein richtigeres Bild erhält, die nicht durch regelmäßige Einnahmen aufgebracht 17 727,17 Mark von den Ausgaben für Streits ab, so wurde aus Verbandsmitteln prozentual ausgegeben:

Streits	37,5 pCt.
Ortsliche Ausgaben	23,7 "
Zeitung	9,5 "
Agitation	6,5 "
Reise-Unterstützung	5,8 "
General-Versammlung	5,0 "
Gehalt	3,8 "
Sachliche Ausgabe	2,9 "
Sterbe-Unterstützung	2,7 "
Strafen und Gerichtskosten	1,7 "
Fremde Streits	0,4 "
Generalkommission	0,5 "

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Auslande.

Prüffel. Wie ich vor Neujahr mittheilte, waren bei der Firma Boudoin Zwistigkeiten ausgebrochen, weil die Firma sich entschloß, ihre Reiseartikel in einem Waisenhause, welches auch als Pensionat dient, anfertigen zu lassen. Das dies für das Gewerbe einen Rückschlag geben würde, daß dadurch den sog. freien Arbeitern eine Konkurrenz entsteht, hat der hiesige Sattlerfachverein eingesehen und wollte deshalb mit Herrn Boudoin in Unterhandlung eintreten, behufs Wenderung seines Entschlusses, wurde aber zwei Mal abgewiesen. Erst das dritte Mal wurde die Kommission empfangen und bekam zur Antwort, daß er (Boudoin) seine Sache aufrecht halte, da er ja dadurch Waisenkindern ein Geschäft lernen lasse und ein christliches Werk thue; ferner sei, weil die Arbeiter nicht damit zufrieden wären, allen Sattlern gekündigt; im Ganzen 14 Mann. Da es zur Winterzeit war, war das ja gewiß ein christliches Werk; kurz und gut, er wollte sich verschiedener Sattler entledigen, was ihm auch gut gelungen ist. Da unter diesen 14 Mann nicht alle ein Jahr dem Fachverein angehört, somit nicht bezugsberechtigt waren, war dem Verbände etwas aufgebürdet worden, was stark empfunden wurde. Dennoch wurde jedem der 14 Kollegen die Summe von 12 Franken per Woche und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Franken per Woche auf die Dauer von acht Wochen zugesprochen. Da es kein Angriffszeit war, sondern eine willkürliche Entlassung darstellte, wurde nur die Arbeitslosenunterstützung zugesprochen, welche acht Wochen à 12 Franken die Woche, bezahlt wird. Der Nachtrag betreffend 1 Franken pro Kind wurde von Baumann gestellt und angenommen (aber nur in diesem Falle), kam auch dann Leuten zugute, welche es wirklich nicht verdienten, daß man sie so unterstützte, da sie uns grüßlich betrogen. Ferner wurden unter der ganzen Gehilfenschaft Einsammlungen veranstaltet, waren aber nicht zu glänzend, da das Geschäft schlecht ging, was ja für die Sattler nichts Neues ist zur Winterzeit. Einige Kollegen konnten mit Ach und Krach in anderen Werkstätten untergebracht werden, und wäre der Fabrikant gezwungen gewesen, die anderen wieder einzustellen, da er keinen Vorrath hatte und es im Waisenhause auch nicht glänzend von Statten ging, aber da fanden sich drei Männer, welche sich bereit erklärten, wieder anzufangen, selbst auf die Bedingung hin, daß sie aus dem Verbände austreten müßten, um wieder auf ihre Plätze zu kommen. Sie thaten es u. b. nun konnte die Sache als verloren betrachtet werden. Die drei Gelben wurden alsdann aus dem Verbände ausgeschrieben; ihr Austritt wurde nicht anerkannt. So wird es gemacht; zuerst wird das Geld genommen und dann fallen sie den Anderen in den Rücken. Das war das Ende der christlichen Waisenhause. Der Vorstand verausgabte dadurch etwa 700 Franken; die freiwilligen Beiträge ergaben etwa

200 Franken. Ein Überblick über unsere Kasienverhältnisse ergibt Folgendes: Der hiesige Verein besteht jetzt zehn Jahre. Mitgliederzahl 160. Zunahme seit vorigem Jahre 40 bis 50 Mitglieder. Monatlicher Beitrag 1,20 Franken. Arbeitslosen-Unterstützung 2 Franken pro Tag auf die Dauer von acht Wochen; 1,50 Franken pro Tag im Krankheitsfalle auf die Dauer von acht Wochen von einjähriger Mitgliedschaft ab. Ferner sind 4800 Franken in Schuldscheinen der Städte Brüssel und Antwerpen angelegt und zwar 39 Aktien von Brüssel im Werthe von 3900 Franken und 9 Aktien von Antwerpen im Werthe von 900 Franken. Summa 4800 Franken.

Abrechnung des Jahres 1900: Einnahmen: Beiträge, Ball und Zinsen der obigen Aktien 2790,01 Franken. Ausgaben: Ankauf von 18 Aktien, Streits, Krankheits- und Arbeitslosen-Unterstützung 2715,71 Franken. Einnahme 2790,01 Franken, Ausgabe 2715,71 Franken. Bestand 74,30 Franken.

Eingefandt.

Auf die gegen uns auf der Konferenz des Agitationsbezirks Sachsen und Thüringen zu Halle gemachten Vorwürfe und Beschlüsse habe ich mit Zustimmung der hiesigen Kollegen Folgendes zu erwidern. Ich will jedoch im Voraus betonen, daß ich mit dieser Erwidrerung keineswegs beabsichtige, mich sowie die anderen Kollegen von den berechtigten Vorwürfen rein zu waschen, sondern nur die unberechtigten Vorwürfe und Beschlüsse zurückzuweisen. Wenn auf der Konferenz behauptet wurde, daß von unserer Seite nichts gethan wurde, so mag dieses wohl im Großen und Ganzen zuzurechnen sein, nur bleibt die Frage offen warum nicht? Hier sagt man einfach, man will nichts thun, in wie weit das richtig ist, überlasse ich Jedem, der die Thätigkeit der einzelnen Kollegen sowie die Verhältnisse in Thüringen kennt.

Sehen wir uns einmal die vertriebenen Städte Thüringens an, in erster Linie kommt wohl Erfurt in Betracht, für das Eingehen der Filiale Erfurt wollen uns die Magdeburger Kollegen verantwortlich machen, warum wissen dieselben selbst nicht. In Erfurt sind nur eine geringe Anzahl Kollegen beschäftigt und war die derzeitige gegründete Filiale nur dadurch möglich, daß die dort arbeitenden Tapezter derselben beitrugen. Als dann aber die Tapezter ihren eigenen Verband begründeten, ging die Filiale ein, weil die Zahl der in Erfurt beschäftigten Sattler eine ganz geringe ist, und erst nach dem Eingehen derselben wurde von Seiten des Central-Vorstandes das Agitations-Komitee nach Mühlhausen verlegt, ich wurde dann ebenfalls von Seiten der Hauptverwaltung beauftragt, die noch vorhandene Kasse zu verwalten, was meinerseits geschehen ist. Ich habe dann später, da ich Lehrer in Erfurt bin und auch durch die Partei in ihrer Ausbildung mit den Erfurter Genossen steht, versucht eine neue Agitation für unseren Verband zu unternehmen, wo mir doch stets von den ortskundigen Genossen, ja selbst von dem Gründer der derzeitigen Filiale gesagt wurde, mit den 4 oder 5 Sattlern kannst Du doch nichts anfangen und so steht es in fast allen kleinen Städten aus, überall da, wo die Tapezter für sich sind, ist es uns fast unmöglich, etwas zu machen. Da könnte man uns allerdings sagen, warum habt ihr nicht früher angefangen, ja Kollegen, da hätte es auch die Filiale Mühlhausen früher bestehen müssen, weshalb ist denn zu der Zeit nichts gemacht worden, wo die Filiale Mühlhausen noch nicht bestand, wo die zwei vorhergehenden Agitations-Komitees bestanden? Warum ist denn von Seiten der Central-Verwaltung nichts gethan worden, nach meiner Meinung aus dem Grunde, weil es uns, solange wir nicht in den einzelnen Städten ansässige Kollegen haben, die für unsere Sache arbeiten, nicht möglich sein wird, eine Filiale zu gründen, viel weniger noch zu erhalten. — Wer anderer Meinung ist, hat eben von den Thüringer Verhältnissen keine Ahnung. In den Berichten der Magdeburger Kollegen heißt es ja auch, daß in ihrem Bezirk die Agitation recht schwer ist, und wenn ich den Standpunkt, den die Magdeburger gegen uns einnehmen, mit ihren Erfolgen im Bezirk vergleiche, so vermisse ich die großen Erfolge, die sie von uns ja verlangen, ganz und gar, und wenn ich noch weiter gehn will, und die Ausgaben mit den Erfolgen vergleiche, dann bleibt wohl überhaupt nichts mehr übrig. Arbeiten und Arbeiten ist eben auch zweierlei, ich erkenne es nicht für eine Leistung oder Arbeiten für den Verband an, wenn man vielleicht von hier nach Heiligenstadt oder Dingelstädt mit zwei Kollegen fahren wollte, es würden hier 4—5 Mk. Unkosten entstehen, während in Heiligenstadt gar keiner, in Dingelstädt nur ein einziger Kollege arbeitet, also die Möglichkeit eines Erfolges ist ausgeschlossen; wenn wir nun auch nach der Meinung der Magdeburger nichts gethan haben, so haben wir jedoch über die einzelnen Städte genaue Erkundigung eingezogen, es und wieviel Kollegen beschäftigt sind, das ist aber allerdings garnichts, es würde ja schöner aussehen, wenn es heißen würde, Agitationstour von zwei Kollegen, darüberhin Unkosten 4, 5—6 Mk., Erfolg 600. Daß diese Touren resultatlos verlaufen müßten, ist selbstverständlich, wenn keine Kollegen vorhanden sind. Ich könnte nun noch vieles hierzu anführen, wenn ich mir nicht sagen müßte, es ist zwecklos, wenigstens für die Kollegen, die den Vorwurf gegen uns erhoben haben, wofür mir die ganze Handlungsweise der einzelnen Delegierten bürgt. Ich will hier unter Anderem hervorheben, daß man

und auf dieser Konferenz den Vorwurf machte, daß die Filiale Mühlhausen auch so herabgesunken ist, und wir selbstverständlich hieran die Schuld tragen. Der Kollege Kelm von hier erwiderte hierauf, daß ja nur noch ein Teil von den Kollegen hier arbeiten, daß die Zahl der hier beschäftigten Sattler um 2/3 zurückgegangen wäre, hier wurde ihm einfach erklärt, das ist keine Entschuldigung. — Also wenn bei 70 hier arbeitenden Kollegen die Filiale 45 Mitglieder hat und die Zahl von 70 Arbeitenden auf 18-20 herabsinkt und die Mitgliederzahl in Folge dessen herabsinken muß, so ist das gar keine Entschuldigung, ich will es unterlassen, hier eine Kritik an dem Verhalten dieser Kollegen zu üben, aber die Schietungen zeigen sich ja noch deutlicher bei dem Beschluß über Auflösung der Thüringer Agitations-Kommission, über die Kompetenzfrage will ich mich kurz fassen, indem ich dieselbe ganz entschieden vernichten muß. erster 8 ist die Kommission nicht von den Magdeburger Kollegen noch von der Konferenz eingesetzt, die zustehenden Gelder wurden ebenfalls von dem Hauptvorstand zugewiesen. Weiter steht den Magdeburger Kollegen in keiner Weise ein Recht zu, die Auflösung zu vollziehen, diese Handlungswesen sind mir ganz neu, trotzdem ich nunmehr 8 Jahre dem Verband angehöre, wenn die Kollegen eine ehrliche Absicht hatten, warum ist es dann den Verwaltungsstellen in Thüringen nicht unterbreitet worden, daß man eine Verschmelzung beider Bezirke beabsichtigte? Weil die ganze Sache eine ausgemachte und eingefädelte war, hat man es uns verschwiegen, man sagte sich einfach, es sind in ganz Thüringen nur 8 Filialen, da können auch nur 8 Delegierte kommen, und da senden wir 4 Delegierte, da machen wir doch was wir wollen, und das könnt ihr, aber wir erklären euch, daß wir keine Notiz von dem Beschluß nehmen und denselben nicht anerkennen, wir haben gar keine Ursache zuzugeben, daß von Magdeburg aus 2 Kollegen, wenn nicht genügend auch 3 nach Erfurt oder nach Coburg fahren und da agitieren wollen, wo nichts zu machen ist. Also nur vor der eigenen Thür erst fegen.

Mühlhausen i. Th. Friedrich Dönnecke.

Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

Schankmachung.

Nachstehende, in Nr. 5 unserer Zeitung veröffentlichte Bekanntmachung bringen wir nochmals zur Kenntnis; wir ersuchen gleichzeitig die Ortsverwaltungen, sich genau danach zu richten:

In einer gemeinsamen Sitzung des Zentralvorstandes und Ausschusses ist folgende Erklärung zum § 15 unserer Statuten beschlossen worden:

„Das eine Drittel der Einnahmen darf nur für solche Zwecke verwandt werden, die zur Verwaltung und zur Agitation dienen. Dazu ist auch die Anschaffung und Ergänzung einer Bibliothek zu rechnen. Zu Vergnügungs- und Unterhaltungszwecken darf das Drittel nicht verwendet werden.“

Wenn das Drittel für solche Zwecke nicht aufgebraucht wird, so ist der Rest am Quartalschluß mit dem übrigen zusammen an die Hauptkasse einzusenden. Die Ueberweisung des Restes an eine Volkstasse ist unzulässig.

Der Vorstand.

J. A.: Joh. Sassenbach.

Der Ausschuss.

J. A.: Peter Blum.

Abrechnung vom 1. bis 15. Mai 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Hamburg II 90,—, Bremen 40,—, Bielefeld 28,50, Bonn 19,—, Mannheim 40,—, Bremerhaven 40,—, Hamburg I 100,—, Dortmund 25,—, Dresden 100,—, Leipzig I 60,—, Berlin VI 80,—, Grotlich 50,—, Jena 18,74, Berlin II 100,— Mt. Summa 721,24 Mt.

Aufnahmen von Einzel-Mitgliedern: P. Hansen-Schleswig 0,50, G. Jörn-Coblenz 0,50, F. Rave-Beuthen 0,50, W. Murrich 0,50, D. Timm 0,50, Radel) M. Broschke-Finsterwalde 0,50, P. Behrendt 0,50, E. Rosentretter 0,50, F. Roste 0,50, J. Wiebe 0,50, M. Wadführer 0,50, G. Keller 0,50, E. Hämmerling 0,50, Landsberg a. W.) D. Rieger-Wittstock 0,50, (E. Galle 0,50, F. Schäge 0,50, J. Prenzlow 0,50, Wriezen a. O.) J. Horneber-Reinheim 0,50 Mt. Summa 9,— Mt.

Beiträge von Einzelmitgliedern: (A. Pöplow 3,—, G. Hansen 1,40, Schleswig) (J. Simon 2,—, G. Jörn 0,60, Ballendar), F. Rave-Beuthen 3,90, E. Henseling-Gelsenkirchen 2,60, (F. Murrich 0,80, D. Timm 0,80, Radel) (A. Jurs 3,—, E. Jörn 3,—, E. Seidlich 3,—, M. Broschke 0,60, Finsterwalde) W. Ginzmer-Berga 0,40, A. Schmidt-Nemischel 2,—, A. Naumann-Bödenick 1,20, F. Stahl-Rendsburg 2,—, A. Temmler-Martin 1,20, F. Volker-Wittstock 2,—, E. Seidenreich-Ländenscheid 2,—, (P. Behrendt 1,20, E. Rosentretter 1,—, F. Roste 0,80, J. Wiebe 0,80, M. Wadführer 0,80, G. Keller 0,40, E. Hämmerling 0,40, Landsberg a. W.) M. Scheuer-Steppach 2,—, (W. Schneider 3,—, W. Hansen 2,—, Landau), (E. Galle 0,40, F. Schäge 0,40, J. Prenzlow 0,40, Wriezen a. O.) J. Wadführer 2,40, G. Kirchhoff-Essen 4,—, M. Dettel-Schmölln 5,—, G. Bob-Dürheim 1,—,

G. Weber-Michelstadt 2,—, J. Horneber-Reinheim 1,— Mt. Summa 64,90 Mt.

Für die im Streit befindlichen Kollegen in Oberfeld: Berlin I 44,—, Hamburg II 18,85, Berlin IV 800,—, Bremen 5,—, Mannheim 27,85, Dortmund 15,—, Offenbach 75,—, Mühlheim 8,85, Kaiserslautern 17,—, Reutlingen 7,—, Berlin IV 600,—, Dortmund 4,95, Dresden 30,—, Leipzig I 37,50, Gießen 21,70, Berlin VI 41,95, Kiel 7,10, Charlottenburg 22,60, Straßburg 20,—, M. 3 3,—, F. Volker-Wittstock 0,80, Bielefeld 11,75 Mt. Summa 1814,90 Mt.

Wenn Verwaltungsstellen Geld einsenden, dann möchte ich bitten, auf dem Postabschnitt zu bemerken, für welchen Zweck die Summe sein soll.

Georg Standke, Hauptkassier.
Berlin 80.
Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

- Bonn. B. F. Weder, Josefstr. 19, 1 Cr. K. P. Ritter.
- Grotlich. B. F. Weinholt, Landstr. 7, 2 Cr. K. Pögel, Moys.
- Hamburg. B. F. Gant, Langfuhr, Hauptstr. 41.
- Kölnberg. B. F. Treichel, Schmiedestr. 23a, 1 Cr. V. Restaurant Wägenburg, Neustadt 14.
- Berlin VI. B. Hermann Paupner, Stubenrauchstr. 12. K. Paul Conrad, Siedingstr. 7.

Mitteilungen der Agitations-Komitees.

Bericht des Agitations-Komitees von Sachsen-West vom 1. August 1900 bis 31. März 1901.

Aufgabe des Komitees war zunächst, die durch verschiedene bauerliche Vorkommnisse verloren gegangenen Verbindungen wieder herzustellen, wobei wir leider erfahren mußten, daß die Filialen Altenburg und Zwickau nicht mehr zu halten waren, in Beth und das Karrel mitteilte, daß bei den Sattlern daselbst jede Nähe vergeblich sei. In diesem Orte sind gegen 75 Kollegen und 300 Kolleginnen beschäftigt, mit einigen stehen wir in Verbindung, hier wird es einer langen unermüdblichen Tätigkeit bedürfen, bis wir wieder festen Fuß fassen, da diese Filiale schon zweimal bestanden hat. Für Halle und Umgegend übernahm Kollege Hauenstein-Halle mit gutem Erfolge die Agitation.

Versammlungen wurden in Halle zwei, in Leipzig und Chemnitz je eine abgehalten. Auf der Bezirkskonferenz zu Halle war das Komitee durch einen Delegierten vertreten.

Kassenbericht.

Einnahme:		
Bestand		80,— Mt.
2. Quartal 1900		50,— "
3. " 1900		42,50 "
4. " 1900		41,90 "
	Summa	214,40 Mt.

Ausgabe:

Aug. 25.	Tour nach Halle	5,— Mt.
Sept. 30.	für Koll. Nieder-Berlin	10,— "
Nov. 18.	Beitrag für Halle zur Agitation	10,— "
Jan. 20.	Tour nach Altenburg und Beth	10,70 "
Febr. 17.	Entschädigung für Hauenstein	4,— "
24.	Bezirkskonferenz Halle	5,10 "
März 24.	Versammlung Chemnitz	20,— "
	Persönliche Ausgaben	7,75 "
	Briefbogen und Couverts	10,60 "
	Porto	4,46 "
	Verschiedenes	8,58 "
	Summa	91,18 Mt.

Bilanz:

Einnahme	214,40 Mt.
Ausgabe	91,18 "
	Bestand 123,27 Mt.

Max Garte, Agitationsleiter.

Revidiert und für richtig befunden:

Otto Berthold. F. Spitzer.

Sachsen. Nachdem eine Einigung zwischen den Firmen Dahl u. Mühlensfeld und den Ausständigen vor dem Gewerbegericht stattgefunden hatte, begaben sich die Arbeiter bei Dahl Montag, den 7. Mai früh 7 Uhr nach der Fabrik. Dort wurde ihnen erklärt, nur die Sattler dürfen anfangen, die Lohnarbeiter werden nicht wieder eingestellt. Alle waren nun der Ansicht, daß Herr Dahl sein vor dem Gewerbegericht gegebenes Wort nicht gehalten, und verließen Sammtliche die Fabrik. Es wurden 2 Kollegen zu Herrn Dahl gefandt, welche aber nicht empfangen wurden. Darauf wurden sie bei dem Einigungsamt vorstellt und durch dessen Vermittlung erklärte Herr Dahl, die Kommission zu empfangen. Durch

seinen Buchhalter — er selbst war verhindert — ließ er mitteilen, daß er nur 8 Mann, welche er namentlich bezeichnete, wieder einstellen wolle. Damit war man aber nicht zufrieden und eine vorgenommene Abstimmung ergab, daß von 40 Stimmen 29 gegen Aufnahme der Arbeit wa. en. Man beschloß, diese Gelegenheit einer am Dienstag Nachmittag in Barmen und Abends 8 Uhr in Elberfeld abzuhaltenen Versammlung zu unterbreiten und deren Beschlüsse abzuwarten.

In der Versammlung in Barmen wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Vertrauensleute haben sofort nach Schluß der Versammlung bei Herrn Dahl vorstellig zu werden und anzufragen, ob er die näher bezeichneten älteren Lohnarbeiter sofort einstellen wolle. Dies geschah Herr Dahl war aber abwesend und wurden die Wünsche von dem Buchhalter entgegen genommen.

In der am Dienstag Abend in Elberfeld stattgefundenen Versammlung wurde der Verlauf des Streiks noch einmal in sehr lebhafter Weise besprochen, besonders die Resultate, welche die letzten Versammlungen gezeitigt hatten. Eine besonders scharfe Kritik wurde an dem Verhalten des Zentral-Vorsitzenden geübt, welcher keine Resolution — eine Einigung vor dem Gewerbegericht herbeizuführen — in sozusagen diktatorischer Weise durchdrückte. Die Mehrzahl der Anwesenden war mit dem Vorgehen der Kollegen bei der Firma Dahl einverstanden. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Versammlung hält das Vorgehen der Kollegen bei der Firma Dahl für konsequent und spricht ihnen volle Sympathie aus.
2. Sämtliche Arbeiter der Firma Dahl, welche eingestellt werden, nehmen morgen früh die Arbeit wieder auf. Jeder in Arbeit befindliche Sattler verpflichtet sich, so viel wie möglich zur Unterstützung der Nichtwiedereingestellten beizutragen.

In Betracht kommen 15 Mann.

Auch bei der Firma Mühlens id sind erst einige Mann von den Hilfsarbeitern eingestellt. Die anderen sollen später eingestellt werden.

Berlin II. (Textilienarbeiter.) Am 24. April tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Nach dem Bericht des Vorstandes brachte das Quartal mit Ausnahme des Streiks bei Schwarz u. Co. keine Abwechslung. Die Versammlungen fanden regelmäßig statt und auch die Agitation war zufriedenstellend. Inner gab den Kassenbericht. Wentowsky den Bericht vom Streifenfonds. Dieser hatte 79 80 Mk. Einnahme. Der Solidaritätsfonds erzielte eine Einnahme von 85,15 Mk. Von der Tätigkeit des Arbeitsnachweises berichtete Koll. Niebisch. Dann erfuhr der Vorsitzende, zu dem Vorschlag des Koll. Sassenbach betr. Urabstimmung über Einführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung zu nehmen. Nachdem betont wurde, daß gerade unsere Filiale bei der vorigen Abstimmung eine große Mehrheit für die Arbeitslosenunterstützung ergeben hat, wurde folgender Antrag Werner angenommen:

„Die Filiale Berlin II macht den Vorschlag, aus den in Nr. 7 unserer Fachzeitung angeführten Gründen die Urabstimmung auf vorläufig ein halbes Jahr zu vertagen.“

Zum 1. Mai forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, soviel wie möglich durch Arbeitskrise zu feiern und wurde ein diesbezügliches Flugblatt verteilt.

Kollege Haupt und andere wünschten eine Aussprache darüber herbeizuführen, ob Kollegen unserer Filiale verpflichtet sind, in eine andere Filiale überzutreten respektive dort ihre Beiträge zu zahlen. Von Kollegen der Militärreflektantenbranche wurde nämlich das Verlangen an Haupt und noch mehrere Kollegen unserer Filiale gestellt, der Solalkasse der Filiale IV beizusteuern, oder überzutreten, da sie augenblicklich in dieser Branche beschäftigt sind.

Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, daß die betr. Kollegen in Filiale II ihre Beiträge zum Streifenfonds sowie auch zur Solalkasse zahlen; und da in die Beschäftigung in der anderen Branche meist nur vorübergehender Art, so daß ein derartiges Verlangen nicht gerechtfertigt erscheint. Sodann erfuhr der Vorsitzende, recht eifrig für die streikenden Militärsattler in Elberfeld-Barmen zu sammeln.

Berlin IV. Am 20. April cr. tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Militärreflektanten-Sattler im Gewerkschaftshaus mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zum 1. Mai“. Um 9 Uhr eröffnete Koll. Gadebusch die sehr gut besuchte Versammlung, er erweiterte in einer kurzen Ansprache die Bedeutung des 1. Mai. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für die Feier des 1. Mai aus.

Es wird folgende vom Vorstand eingebrachte Resolution verlesen:

Die Militärreflektanten-Sattler erkennen die Bedeutung und Feier des 1. Mai vollständig an.

Die Militärreflektanten-Sattler beschließen deshalb, in dem nächstjähigen Tarif die Freigabe des 1. Mai als Feiertag zu fordern und verpflichten sich, schon dieses Jahr am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Dieses wurde gegen eine Stimme angenommen.

Es wird noch ein Antrag von Koll. Sah eingebracht: Sämtliche Vertrauensleute der Militärreflektanten-Fabriken Berlins sollen an

ihre Fabrikanten herantreten und den 1. Mai als Ruhetag fordern. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berlin. Am 1. Mai Vormittags 10 Uhr tagte hier selbst eine von der Brandenburger Agitations-Kommission einberufene Festversammlung. Von Morgens 8 Uhr an versammelten sich die Kollegen im Gewerkschaftshaus und marschierten von da, an 800 Mann stark, nach dem Versammlungsort. Dort hörten über 1000 Kollegen und Kolleginnen dem Vortrage des Genossen Dr. Weyl mit größter Aufmerksamkeit zu. Der Referent, welcher über die Bedeutung des 1. Mai als Arbeitertag, welchen sich die Arbeiter selbst geschaffen haben, sprach, forderte die Versammlung auf, gerade heute zu protestieren gegen jegliche Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, gegen die Militär-Verletzung der Kultur durch das Hunnenhum, gegen die Eroberungsjüge von Transbaal und China. Es ist jetzt an der Zeit, daß sich alle Arbeiter gewerkschaftlich und politisch organisieren müssen, nur durch wird es ihnen gelingen für sich als Unterdrückte Verbesserungen herbeizuführen. Traurig sieht es in Preußen-Deutschland mit den Arbeitergeschicksen aus, die wenigen, welche auf dem Papier stehen, werden von den Kapitalisten größtenteils unbeachtet gelassen, hier ist es Pflicht der Arbeiter, für deren Durchsührung einzutreten. Jetzt wird ferner der Versuch unternommen, eine Krankenversicherung den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, welche den Arbeitern das Recht der Selbstverwaltung nehmen soll, hiergegen muß in ganz energischer Weise protestiert werden. Die Sattler, welche durch den unglücklichen Krieg mit China etwas mehr Arbeit haben als sonst, müssen bedenken, daß das Geld, welches sie jetzt verdienen, doppelt wieder durch neue Steuern, Zölle u. aus ihnen, sowie aus jedem andern Arbeiter herausgepreßt wird, sie sind diejenigen, welche den Kreuzweg zu bezahlen haben. Der Schluß seiner vortrefflichen Ausführungen lautete: Heute wollen wir demonstrieren für den Achtundtag für den endlichen Sieg der befreiten Arbeit, für eine vollständige Vereinigung sämtlicher Proletarier. Der 1. Mai soll verkünden, daß eine Verbesserung aller Arbeiter stattfindet, welche dem Kapitalismus ein Ende bringen wird. Hierauf wurde die von der Berliner Gewerkschaftskommission vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Nachdem ein Telegramm aus Elberfeld, welches den teilweisen Sieg der dortigen Kollegen meldet, v. riefen ist, wird beschlossen, nach dort die besten Wünsche für den Erfolg zu senden. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale moderne Arbeiterbewegung erfolgt Schluß um 11 1/2 Uhr.

Dresden. Am 20. April tagte im „Birnenhof“ eine öffentliche Versammlung. Koll. Scholl gibt den Quartalsbericht. Im Bericht vom Gesellenauschuß berichten die Gesellenauschluß-Mitglieder, daß die Gesellenchaft einen Entwurf für einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis und folgende 2 Anträge:

1. Daß die Arbeitszeit an Sonnabenden nur bis 6 Uhr dauern soll.
2. Denjenigen Gehilfen, die darum nachsuchen, den 1. Mai freizugeben.

der Innung zur Beschlussfassung eingereicht hatte. In der Quartals-Versammlung der Innung sei der Entwurf für den Arbeitsnachweis, trotzdem der Gesellenauschuß die Möglichkeit desselben nachzuweisen versucht hatte, abgelehnt und beschlossen, die Gehilfen sollen einen anderen ausarbeiten. Demselben Schicksal verfiel der Antrag betreffs Sonnabends 6 Uhr Schluß, er wurde mit 28 gegen 11 Stimmen abgelehnt und zwar mit allerhand blühigen Ausflüchten, wie notwendige Arbeit u. s. w., ja Herr Sattlermeister Groffe verteidigte sich zu folgendem ersten Unternehmerrauspruch: „Die Gehilfen gingen doch bloß eine Stunde früher in die Kneipe“. (Bewegung.) Der Herr Obermeister Lange läute mitgeteilt die Angelegenheit könnte später durch eine in Aussicht genommene Werkstattordnung geregelt werden. Auch der Antrag wegen Freigabe des 1. Mai wurde mit 20 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Nur ein Redner sprach nicht gegen den 1. Mai, er sagte, man solle doch die Gesellen ruhig fern lassen. Selbst Sattlermeister Drechsler, der früher an unserer Gewerkschaft großen Anteil nahm, sprach gegen den 1. Mai. Der Gesellenauschuß versichert, seine Pflicht voll getan zu haben.

In der darauf folgenden Debatte über diesen Bericht wurde das Verhalten der Meister sehr scharf kritisiert und betont, daß es nun bald an der Zeit sei, mit den Herrn Innungsmestern einmal ein ernstliches Wort zu reden, da doch von diesen durch Anfragen und Gesuchen nichts zu erwarten sei, es soll in Zukunft den der Innung eingereichten Anträgen energisch Nachdruck verliehen werden. Auf Antrag beschloß die Versammlung, „unseren Arbeitsnachweis wie bisher zu handhaben und auf einen gemeinsamen mit der Innung bis auf Weiteres zu verzichten“.

Im „Gewerkschaftlichen“ wurde zum Zentralarbeitsnachweis beschlossen, die offenen Stellen nicht mehr mit der Firma, sondern nur die Art der Spezialarbeit in unserer Fachzeitung zu veröffentlichen, damit Unberufenen diese Stellen nicht zugänglich sind. Ferner wird beschlossen, daß sämtliche Verwaltungsstellen ihren Arbeitsnachweis und dessen Geschäftszeit in der Rubrik des Verzeichnisses der Verwaltungsstellen bekannt gegeben werden. In Bezug auf den Elberfelder Streik wird aufmerksam gemacht, auf etwaige Streik-

arbeit ein wachames Auge zu haben Zum Schluß wird aufgefordert, den 1. Mai überall zu feiern, wo Möglichkeit vorhanden ist.

Dresden. Eine gut besuchte öffentliche Sattlerversammlung tagte am 4. Mai, in der Genosse Dreischer über die wirtschaftliche Krise und die Gewerkschaften sprach. Beim 2. Punkt, Vorkommnisse in der Kofferfabrik Eppold, entspann sich, wie vorauszusehen war, eine lebhafteste Debatte, war es ja das erste Mal, daß in unserem Gewerbe die Arbeiterschaft demonstrativ ihren Fabrikherren mit fast vollem Erfolg entgegen getreten ist. Der Sachverhalt ist folgender: Die Kollegen oben genannter Fabrik beschloßen in einer Werkstatteversammlung am 30. April mit 70 gegen 2 Stimmen, den 1. Mai von Mittags 12 Uhr ab zu feiern. Die er von der Versammlung gefaßte Beschluß wurde durch den Arbeiterausschuß der Fabrikleitung unterbreitet. Die Folge war, daß durch einen Anschlag am schwarzen Brett bekannt gegeben wurde, wer am 1. Mai an seinem Arbeitsplatz fehlt, braucht am Donnerstag nicht wieder anzufangen. Die Eintätigkeit der Kollegen war aber derart fest, daß der scharfe Wortlaut der Bekanntmachung gerade das Gegenteil von dem erwünschten Erfolg der Firma Eppold zeitigte. Am Morgen des 2. Mai war für sämtliche Kollegen die Fabrik gesperrt und zwar für die gesammten auf 8 und für den Arbeiterausschuß auf 14 Tage. Diese Aussperrung erfolgte nach dem berühmten Muster des Unternehmerverbandes, ein Mittel, den Arbeitern zu zeigen, wer Herr im Hause ist. Auch dieser Ulaß hatte keinen Erfolg für die Firma, die Fabrikleitung trat gezwungener Weise mit dem Arbeiterausschuß in Unterhandlung, die denn auch am 3. Mai Nachmittag, nachdem die Erklärung abgegeben worden war, daß die Kollegen mit 69 gegen 1 Stimme beschloßen hatten, in den Streik einzutreten, zu unseren Gunsten beigelegt wurden, und zwar ist der Freigabe des 1. Mai und vollständige Anerkennung des Arbeiterausschusses stattgegeben worden.

Dieser Sieg der Eppold'schen Kollegen ist natürlich von allen Seiten mit Freuden begrüßt worden, auch ist dem Arbeiterausschuß für sein energisches und sachliches Vorgehen Anerkennung gesollt worden. In der Debatte wurde der Prokurist Herr Schmidt scharf kritisiert und als Vater der Maßregelung angesehen, trotzdem der Herr ein Arbeiterfreund zu sein vorgiebt, da er nach Ausführungen eines Kollegen im Evangelischen Arbeiterverein eine nicht untergeordnete Rolle spielen soll. Wie die Arbeiterfreundlichkeit in Wirklichkeit ausseht, beweist oben Angeführtes, ein weiteres Urtheil zu fällen, wäre überflüssig.

Im 3. Punkt kam das Schmerzenskind Arbeitslosenunterstützung wieder auf die Beine, um aber nach kurzer lebhafter Diskussion nach dem Stand der jetzigen finanziellen Verhältnisse sich für immer zu verabschieden. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die Kollegen von Dresden beantragen, die Arbeitslosenunterstützung nicht einzuführen, ebensowenig eine Urabstimmung vorzunehmen.

Damit ist die Sache für Dresden vorläufig erledigt.

Im Gewerkschaftlichen bringt Kollege Frische vor, daß der Auskollege Debernitz, der gegenwärtig auf dem Arsenal beschäftigt wird, während der Feiertagswoche, in welcher auf dem Arsenal die Inventur aufgenommen wurde, bei Herrn Oswald Richter hier, um die Zeit auszufüllen, um Aushilfe nachgefragt hat, die Angelegenheit war bereits in der vorigen Versammlung, ohne den Betreffenden namhaft zu machen, besprochen worden. Auf Beschwerde mehrerer Kollegen des Arsenal, die sich ebenfalls getroffen glaubten, sei hiermit der Sache genüge gethan. Scholz giebt noch bekannt, daß am 19. Mai eine Partdie nach Dainsberg stattfindet. Abfahrt Mittags 1 Uhr. Nachdem noch Kollege Müller einen kurzen Bericht über die Generalversammlung der hiesigen Ortsklasse gegeben hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Stalben. Sonnabend, den 20. April, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Die Kollegen waren gegen 8 Stimmen mit dem Vorschlag vom Koll. Sassenbach (betr. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung) einverstanden, einige waren der Meinung, dieselbe gar nicht einzuführen, da die Beiträge zu hoch kommen würden. Dann wurde beschloßen, von dem uns zukehrenden Drittel der Einnahmen eine Bibliothek anzuschaffen, es werden verschiedene Bücher angekauft, unter diesen das Arbeiterrecht von Stadthagen.

Stausberg. Am Sonnabend, den 5. Mai, fand nach langer Dauer eine Versammlung statt. Es wurde beschloßen, für den Fond zum Bau eines Gewerkschaftshauses pro Mitglied 5 Pf. die Woche beizusteuern.

Der Antrag, am 11. Mai ein Vergnügen zu veranstalten, wurde angenommen. In Verschiedenes entspann sich eine lebhafteste Debatte, über das eine Drittel der Einnahme, wobei zum Schluß folgende Resolution angenommen wurde:

Die Filiale Stausberg erklärt sich nicht damit einverstanden, daß das 1/3 der Einnahme nur zu Bibliothek und Agitationszwecken verwendet werden soll, sondern daß sie freie Verfügung über das 1/3 haben wollen, außer zur Anwendung von Vergnügungen.

Hannover. 4. Mai. Nachdem Kollege Reichsfried in die Lokalkommission gewählt war, wurde zum zweiten Punkt, Urabstimmung über Arbeitslosenunterstützung, übergegangen. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag angenommen: Die

heutige Versammlung beschließt, daß die Urabstimmung über Arbeitslosenunterstützung auf ein Jahr vertagt wird.

Zum dritten Punkt, Elberfelder Streikarbeit, führt der Vorsitzende aus, daß hier von der Firma Lehmann und Wunderberg grüne Arbeit gemacht wurde, welche unbedingt Elberfelder Arbeit sein muß, da der Zuschnitt schon vollständig fertig ist. Diese Arbeit wird fast nur von Sackreifern angefertigt. Die Filiale Hannover müßte unbedingt dagegen Stellung nehmen. Kollege Joseph Köring führt aus, daß wir hier in diesem Falle einen schwierigen Standpunkt hätten. Es ließe sich auch wohl wenig dagegen machen, da wir mit ganz charakterlosen Leuten zu thun hätten, dieselben Leute, welche damals auch in derselben Weise die Interessen unseres Verbandes mit Füßen traten, und deshalb auch in Folge ihrer Sackreifei von der Firma Horstmann und Grebenstein entlassen wurden. Nachdem der eine von ihnen, Käfer mit Namen, selbstständig wurde, und die andern als Gesellen arbeiten, sozusagen ein Kompagniegeschäft bilden, hat diese Sorte schon mit Gierde darauf gewartet, ungeführt Arbeit anzufertigen, welche kein ehrlicher Mensch macht. Es ist thatsächlich nichts weiter dagegen zu machen, als daß sie von uns mit Beachtung gestraft und als Menschen angesehen werden, welche nicht werth sind, daß sie unter Menschen wohnen. Es wurde die Sache dem Vorstände und der Lokalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hirschberg. Am 20. April fand hier eine vom Gewerkschafts-kartell einberufene öffentliche Sattler- und Tapezierer-Versammlung statt, in welcher Kollege Weyher-Berlin über das Thema: „Die Aufgaben der wirtschaftlichen Arbeiterverbände“ referirte. Die Versammlung war von unseren Berufsgenossen nur mäßig besucht; das Resultat derselben waren 7 Aufnahmen. Zum Vertrauensmann wurde Kollege Tapezierer Max Siebert gewählt. Die dem Vortrage folgende Diskussion deckte sehr ungünstige Zustände, namentlich in Bezug auf Bezahlung und Behandlung auf und ist es hohe Zeit, daß unsere hiesigen Kollegen aus ihrer lethargie erwachen.

Kassel. In der letzten Mitglieder-Versammlung wurde u. A. über den Vorschlag des Kollegen Sassenbach betreffs Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung verhandelt. Doch beantragt, den Vorschlag Sassenbach anzunehmen. Nachdem 2 Kollegen dafür gesprochen, sprach sich Kollege Hildebrand scharf gegen den Antrag aus. Die Verschiebung der Urabstimmung hätte nur den Zweck, der Einführung der Arbeitslosenunterstützung neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die Gründe für die Verschiebung könnten nicht maßgebend sein, da wir später so gut wie jetzt eine große Anzahl neuereingetretener Mitglieder haben würden, dann könnte die Sache einfach wieder verschoben werden. Darauf wurde der Antrag doch mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Durch die Ablehnung hat sich die Versammlung gegen den Vorschlag Sassenbach und für baldigst stattfindende Urabstimmung erklärt. Es waren leider nur 1/4 der organisirten Kollegen anwesend.

Am 22. April extrank beim Baden im Bodensee unser Mitglied

Karl Wehener.

Ehre seinem Andenten!

Die Verwaltungsgesellschaft Bonnanz.

Bönigsberg. Sonnabend, den 20. April, war in der Pödnitz-halle eine öffentliche Versammlung einberufen, anwesend waren 28 Kollegen. In längeren Ausführungen legte der Vorsitzende den Versammelten die Bedeutungen des 1. Mai als Weltfeiertag vor Augen und ersuchte, überall da, wo es angängig wäre, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen. Hieran schloß sich eine lebhafteste Diskussion und wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung erachtet als die vornehmste Feiertag des 1. Mai die Arbeitsruhe. Die Versammelten versprechen, den 1. Mai soweit als möglich durch Arbeitsruhe zu begehen.“

Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurden Brahe als erster Vorsitzender, Banse als Kassirer und Seffat als Schriftführer einstimmig wiedergewählt; als Redatoren gingen die Kollegen Borowitsch, Heinrich und Munk hervor.

Zum Punkt der Arbeitslosenunterstützung wird beschloßen, den Zentralvorstand zu ersuchen, die Einführung derselben noch auf wenigstens 6 Monate hinauszuschieben. Ferner wurde ein Antrag, mit einer Petition an die Innung sowie alle anderen Arbeitgeber um Herbeiführung einer einheitlichen Arbeitszeit von 10 Stunden, sowie Abschaffung von Kost und Logis, heranzutreten, einstimmig angenommen. Schluß der Versammlung war um 11 Uhr.

Landsberg a. M. Am 4. April cr. fand hier eine seitens des hiesigen Kartellvorsitzenden arrangirte Zusammenkunft des größten Theils der hiesigen Sattler und Tapezierer statt, zu welcher Koll. Staudke-Berlin das Referat über „Zweck und Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen“ übernommen hatte. In etwa einstündiger wohlüberdachter Rede entledigte sich der Referent

seiner Aufgabe, in welcher er es nicht unterließ, die Statuten des Sattler-Verbandes zu erläutern. Auf die Ausführungen näher einzugehen, würde zu weit führen. Im Anschluß daran forderte der Kartellvorsitzende Genosse Autowsky die Anwesenden auf, sich sofort aufnehmen zu lassen und konnte man auch 7 Kollegen als neue Mitglieder begrüßen, während andere Kollegen ihren Beitritt für die nächste Zeit in Aussicht stellten. Hoffen wir, daß diese Kollegen ihr Versprechen halten, damit auch hier bald eine Filiale des Verbandes entsteht als neues Glied in unserer Organisation.

Magdeburg. Am Montag, den 22. v. Mts., fand in der Burgballe eine öffentliche Sattler-Versammlung statt. Anwesend waren 46 Kollegen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht vom Gesellenauschuß. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 theilte Kollege R. Schröder das Antwortschreiben des Obermeisters Meßler mit, aus dem hervorging, daß die Innungsmeister unsere Forderungen nicht bewilligt haben. Trotzdem haben sich aber die Meister Schlüter, Tschow und Tyly nachträglich bereit erklärt, das Kost- und Logiswesen abzuschaffen. (Ist bei Schlüter auch schon geschehen) Kollege Wallasch meinte nun, es würde wohl mit dem Einzelvorgehen der Gesellen sehr schlecht bestellt sein und schlägt vor, das Gewerkschaftskartell mit den Verhandlungen zu betrauen. Kollege Jürgler macht dem Gesellenauschuß den Vorwurf, seine Schuldigkeit nicht gethan zu haben, was schon daraus hervorgeht, daß der Altgeselle bei den Verhandlungen dieses Punktes fehlt. Er sagte, wenn auch Steffen sich hätte verhalten lassen, er wollte lieber seine Werkstelle schließen, oder etwas mehr Lohn geben, als das Kost- und Logiswesen abzuschaffen, so sollte man sich dadurch nicht betören lassen, die Arbeit müsse doch gemacht werden. Ueberhaupt müsse diese Werkstelle hart auf Korn genommen werden. Nachdem sich noch mehrere Kollegen in dieser Sache geäußert, stellte Kollege Schröder den Antrag, eine Kommission, bestehend aus 3 Personen, zu wählen. Nachdem der Antrag angenommen, schlägt Krüger die Kollegen Thiem, Wallasch und R. Schröder vor, welche auch die Wahl annehmen.

Unter Punkt 2 stellt Kollege Thiem den Antrag, den 1. Mai durch übliche Arbeitsruhe zu feiern und durch geheime Wahl mit $\frac{2}{3}$ Majorität darüber abstimmen zu lassen. Verschiedene Kollegen raten jedoch davon ab, da der Geschäftsgang zu schlecht ist und Maßregelungen zu erwarten seien. Hierauf zieht Thiem seinen Antrag wieder zurück.

Nürnberg. In unserer Versammlung am 20. April sprachen die Kollegen Vogelhuber und Seidl über unsere Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung, und zwar, wie sich schon im vorigen Jahre die Filiale Nürnberg geäußert hat, dagegen. Denn es könnte sich mancher Kollege bei dem schlechten Geschäftsgang an die paar Pfennige freuen, um die der Beitrag bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung erhöht werden müßte. Unser Verband könnte zwar um einige Mitglieder durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung stärker werden, aber vielleicht nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden, da es genug Kollegen gibt, die den Verband bloß ausnützen würden. Und so lief nach kurzer Debatte folgende Resolution ein:

Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich nicht nur mit den Ausführungen des Kollegen Sassenbach einverstanden, sondern glaubt in Anbetracht der Geschäftskrise und der zur Zeit stattfindenden und stattfindenden Lohnkämpfe die Abstimmung über Einführung der Arbeitslosenunterstützung bis zur nächsten Generalversammlung zu verschieben, wie überhaupt die Versammlung auf dem früheren Standpunkt stehen bleibt und sich über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ablehnend äußert.

An dem Streik der Militäreffektensattler hat die Filiale Nürnberg nichts auszusagen und verspricht, dieselben zu jeder Zeit möglichst zu unterstützen.

Bezüglich der Meißner spricht sich die Filiale Nürnberg dahingehend aus, daß in den Werkstätten Arbeitsruhe herrschen soll, wo dieselbe keine weitere Schädigung der Kollegen nach sich zieht.

Strasbourg i. Elz., 28. April. Am 20. d. Mts. fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Dieselbe wurde um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Unter Kartellbericht wurde hauptsächlich die bevorstehende Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse und über die Meißner Bericht erstattet. Betreffs Einführung von Werkstatt-Kassirern wurde beschlossen, für jede in Betracht kommende Werkstatt je einen Kollegen zu wählen, für die Heimarbeiter sollen für jeden Monat 2 Kollegen gewählt werden, welche jeweils über ihre Thätigkeit dem Vorstand Bericht zu erstatten haben. Betreffs Gründung einer Lokalkasse einigte man sich, vorläufig hiervon Abstand zu nehmen, da die Einführung nach dem Berliner System wegen den schwanken Löhnerhältnissen in Strasbourg nicht wohl durchführbar erschien. Jedoch verpflichteten sich die Kollegen, hierfür nach Kräften freiwillige Beiträge zu leisten.

Der Kassirer erstattete den Kassenbericht vom 1. Quartal 1901. Derselbe wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Unter Verschiedenem wurden noch einige nicht ganz einwandfreie Werkstattverhältnisse zur Sprache gebracht. Nachdem der Vorsitzende den Kollegen noch besonders ans Herz gelegt, ihre Organisation immer mehr auszubauen und sich immer fester zusammen zu schließen, wurde die Versammlung um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Am 3. Mai verstarb unser Mitglied
Hermann Schweizer
in Folge eines Unfalles.
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltungskasse Stuttgart.

Am 11. April verstarb in Folge eines Herzschlages im städtischen Krankenhaus zu Günzburg unser Mitglied
Franz Diede.
Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren.
Die Verwaltungskasse Kostersee.

Vermischtes.

Das Korrespondenzblatt für Deutschlands Buchdrucker bemüht sich neuerdings in fast jeder Nummer, einen hörbaren Ruck nach rechts zu machen und von der Sozialdemokratie, dem „Genossen“, dem „Weltfeind“ u. s. w. abzurücken. Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Mitgliedern des Buchdruckerverbandes hierüber zu sprechen und diese haben aus ihrer Empörung über die Haltung ihres Verbandsorgans keinen Hehl gemacht. Es wäre wohl an der Zeit, daß sich die Redaktion des Korrespondenzblattes darüber klar wird, ob es ihre Aufgabe ist, zwischen den Buchdruckern und den übrigen Gewerkschaften Gegensätze zu schaffen. Wenn es auch in Zukunft in derselben Tonart weiter geht, so werden die anderen Gewerkschaften genötigt sein, zu betonen, daß man unter neutraler Gewerkschaftsbewegung nicht Beschimpfung der Sozialdemokratie und ihrer Anhänger versteht.

Anzeigen.

Sattler, Niermer, Tischner u.,
welche sich selbstständig machen wollen, ist Gelegenheit geboten, ein Kartellionsgeschäft der Lederbranche, im Bezirk Dresden, veräußert zu erwerben.
Best. Offerten an Hermann Weber, Kadobenz, Sektitzer-Str. 15, erbeten.
Fabrikant für Lederwaren und Reiseartikel sucht tüchtigen
Sattler als Theilnehmer
mit 6-7000 Mark.
Offerten Postamt 14, G. O. 100.

Ladewig's Bier-Stuben
Kommandantenstr. 65.
Vorzügliches Weiß- und Pilsener-Bier.
Vereinsszimmer für 40 Personen.
Franz Billard. Telefon.
Bäckstube der „Freien Volkshäuser“.

Decorations-Zuschneide-Lehre!
Neigt sich Methode m.H. 22 Stücken, Preis 1 Mark, gegen Rücknahme oder Einsendung des Betrages in Marken versendet. W. Scheer, Decorateur, Frankfurt a. M., Alsterhellingstr. 78 oder die Exped. d. Bl.

Tüchtige Sattler, Gespanner und Strohhilfenmacher bevorzugt auf Militär-Stiel-Kammern finden dauernde Beschäftigung bei hohen Altsoldaten.
Stiel-Kammern-Fabrik f. Markens & Co. Straßburg.
Besegelnd nach der Wogen verfährt.

Sachschriften u Lehrbücher
für Handwerker u Gewerbetreibende
Katalog gratis
JOH. SASSEN BACH Buch-Verlag